

Arbeitszeit: Wie kürzere Arbeitszeiten Massenentlassungen verhindert haben	2
Bildungssystem: Uni-Reformen – Weniger Raum für Kreativität	3
Geldpolitik: Inflationsrisiko wird überschätzt, Rezessionsgefahr vernachlässigt	4
Vorstandsvergütung: Wenig Kritik auf Hauptversammlungen	6
Arbeitsmarkt: Jobzuwächse – An Hartz-Reformen lag's nicht	7
TrendTableau	8

ARBEITSBEDINGUNGEN

Durchhalten bis 67? Viele haben Zweifel

Schlechte Arbeitsbedingungen machen krank – und die Beschäftigten wissen das. Wer mit großen Belastungen und wenig Freiraum tätig ist, äußert wenig Hoffnung auf ein langes Arbeitsleben.

Die meisten Beschäftigten in anstrengenden Berufen sorgen sich, wie lange sie durchhalten. Mit gutem Grund, sagen Falco Trischler und Markus Holler vom Forschungsinstitut Inifes.* Die Wissenschaftler werteten mehrere Studien und Umfragen aus, um die langfristigen Folgen von Arbeitsbelastungen zu bestimmen. Ihre von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Expertise zeigt: Nicht nur schwere und einseitige körperliche Arbeit zehrt an der Gesundheit und erzwingt häufig ein vorzeitiges Ende des Erwerbslebens. Auch psychische Belastungen und ein Mangel an Autonomie beeinträchtigen auf Dauer Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit.

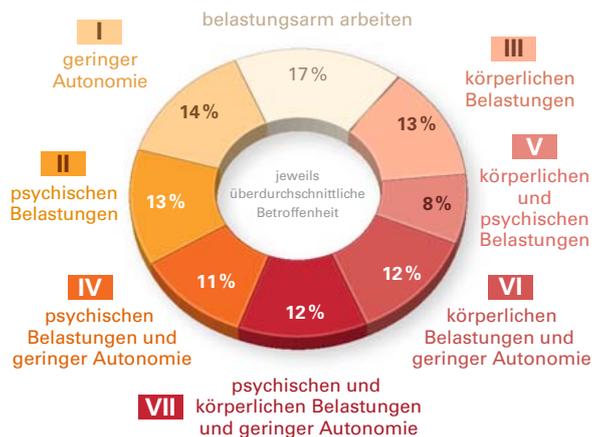
Belastende Arbeit ist in der Bundesrepublik nach wie vor weit verbreitet. In Bauberufen, der Altenpflege oder bei Installateuren etwa fallen anstrengende körperliche Aufgaben an. Wer über Jahre eine anstrengende und einseitige Tätigkeit ausübt, leidet später nachweislich häufig an Schmerzen an Knie, Hüfte, Rücken oder Armen. „Aber auch Arbeits-hetze und Zeitdruck, unwürdige Behandlung und geringe Wertschätzung stehen deutlich in Zusammenhang mit gesundheitlichen Beschwerden“, fügen die Forscher an.

Die Beschäftigten sehen die Gefahren und passen ihre Zukunftserwartungen an die Arbeitsbedingungen an. Umfragen ergaben: Wer einen belastungsarmen Arbeitsplatz hat, rechnet meist noch mit einem langen Arbeitsleben. Lediglich 14 Prozent dieser Gruppe erwarten, nicht bis zum Rentenalter im Beruf bleiben zu können. Beschäftigte, die im Job körperlich gefordert sind, haben hingegen deutlich häufiger Zweifel: 39 Prozent rechnen nicht damit, bis zur Rente arbeiten zu können, ermittelte Inifes. Verbinden sich körperliche Belastungen mit Stress und einem Mangel an Freiräumen, dann gehen sogar 78 Prozent der Beschäftigten davon aus, nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter durchzuhalten.

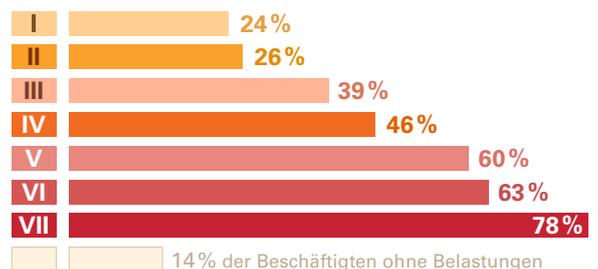
Ein Mangel an beruflicher Autonomie spielt für die Einschätzung der Betroffenen eine ebenso große Rolle wie körperliche und psychische Belastungen. Von den Beschäftigten, die im Arbeitsalltag Freiräume vermissen, aber nicht von körperlichen und seelischen Lasten geplagt werden, zweifelt jeder vierte daran, bis zum Rentenalter im Beruf bleiben zu können. Unzureichendes Entgelt und fehlende Anerkennung wirken sich nochmals negativ aus, so Trischler und Holler. ◀

Beeinträchtigte Arbeitsfähigkeit

Von den Beschäftigten leiden* am Arbeitsplatz unter ...



Nicht bis zur Rente auf ihrer Stelle arbeiten zu können, erwarten von den Beschäftigten in der Gruppe ...



So viele Beschäftigten denken, nicht bis zur Rente arbeiten zu können, wenn sie mit ihrer Arbeitsstelle ...



Quelle: INIFES 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

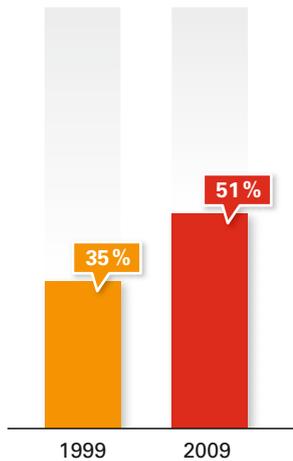
Datenbasis DGB-Index „Gute Arbeit“ 2007–2009

* Quelle: Markus Holler, Falco Trischler: Einflussfaktoren auf die Arbeitsfähigkeit, Arbeitspapier Nr. 3 des Projektes Gute Erwerbsbiographien
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Wie kürzere Arbeitszeiten Massenentlassungen in der Krise verhindert haben

Gut die Hälfte mit Zeitkonto

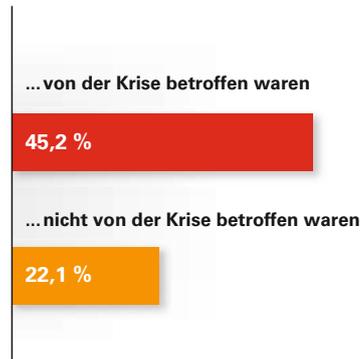
Von allen Arbeitnehmern hatten ein Arbeitszeitkonto ...



Quelle: Zapf, Brehmer 2010; Basis: IAB-Betriebspanel

Auftragseinbrüche oft mit kürzerer Arbeitszeit kompensiert

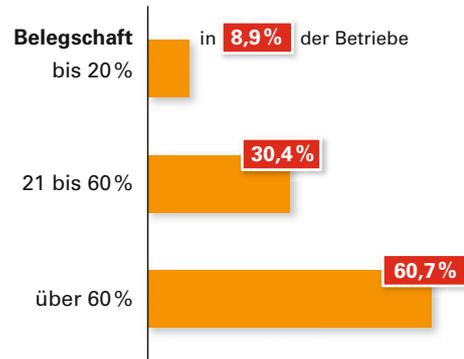
Betriebe haben Arbeitszeitkonten zur Beschäftigungssicherung genutzt oder dies geplant*, wenn sie ...



* vom 3. Quartal 2008 bis 3. Quartal 2009
Quelle: Zapf, Brehmer 2010

Meist ging über die Hälfte der Belegschaft früher nach Hause

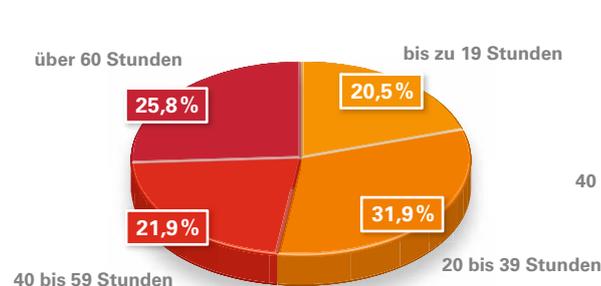
In Betrieben, die Arbeitszeitkonten zur Krisenbewältigung genutzt haben, waren betroffen von der ...



Quelle: Zapf, Brehmer 2010

Arbeitszeitkonten: Guthaben in der Krise abgebaut

In so vielen Betrieben, die Arbeitszeitkonten zur Krisenbewältigung genutzt haben, wurden die Guthaben im Durchschnitt abgebaut um ...

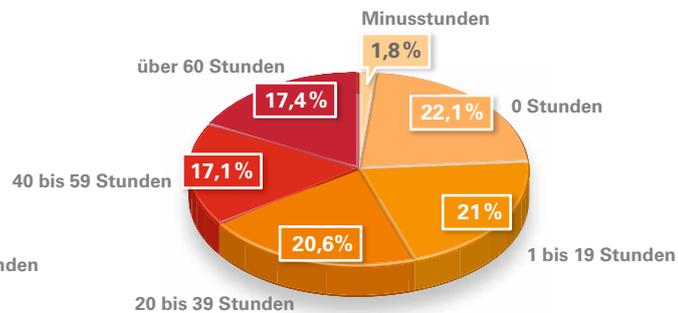


Quelle: Zapf, Brehmer 2010

© Hans-Böckler-Stiftung 2010

Zeitguthaben oft noch nicht völlig ausgeschöpft

In so vielen Betrieben, die von der Krise betroffen waren und Zeitguthaben abgebaut haben, betragen die Guthaben im dritten Quartal 2009 ...



Quelle: Zapf, Brehmer 2010

ARBEITSZEIT: Der deutsche Arbeitsmarkt hat die Finanz- und Wirtschaftskrise besser überstanden als erwartet. Ein wesentlicher Grund dafür: Etliche Firmen haben während der Auftragsflaute die Arbeitszeiten verkürzt, um Beschäftigung zu sichern. Ines Zapf vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und WSI-Forscher Wolfram Brehmer haben im Detail untersucht, wie Betriebe durch den Einsatz von Arbeits-

zeitkonten auf die Krise reagiert haben. Die Studie zeigt: In einem Drittel der Betriebe haben die Beschäftigten Arbeitszeitguthaben abgeschmolzen oder Zeitschulden aufgebaut. Von der Krise betroffene Unternehmen haben im Schnitt von September 2008 bis September 2009 die Arbeitszeitguthaben um rund 45 Stunden pro Beschäftigtem abgebaut. Die neuen Daten bestätigen eindrucksvoll, in welchem Umfang viele der Betriebe

ihre interne Flexibilität genutzt haben, um die Beschäftigung zu stabilisieren und so Entlassungen zu vermeiden, so die Wissenschaftler. Die Ergebnisse fußen auf der WSI-Betriebsrätebefragung 2009 und sind damit repräsentativ für Betriebe mit gesetzlicher Arbeitnehmervertretung ab 20 Beschäftigten.

Quelle: Ines Zapf, Wolfram Brehmer: Flexibilität in der Wirtschaftskrise: Arbeitszeitkonten haben sich bewährt, IAB-Kurzbericht 22/2010

Download unter www.boecklerimpuls.de

Uni-Reformen: Weniger Raum für Kreativität

Erfindergeist lässt sich nicht verordnen. Neue Ideen gedeihen am besten in wenig formalisierten Strukturen, zeigt eine Studie. Universitäten nach dem Vorbild von Unternehmen straffer zu organisieren, dürfte ihre Innovationskraft daher eher schwächen als stärken.

Unter welchen Rahmenbedingungen entstehen technologische Innovationen, die zu Firmengründungen führen? Eine Studie der Uni Jena hat dies am Beispiel von Hochschul-Ausgründungen untersucht.* Der Soziologieprofessor Klaus Dörre und Matthias Neis haben die Gründungsprozesse von sieben aus den Universitäten Chemnitz, Dortmund und Halle hervorgegangenen IT-Unternehmen analysiert. Ihr Augenmerk galt besonders den organisatorischen Strukturen der jeweiligen Uni. Bei ihrer Untersuchung zeigte sich: Innovationen entstehen nicht dort, wo die Verwaltungsstrukturen als sehr modern und effizient gelten, sondern eher in einem Umfeld, das die Forscher als „organisierte Anarchie“ beschreiben. Arbeitsprozesse, aus denen sich innovative Unternehmen entwickeln, „lassen sich nicht planen, nicht anordnen und auch nicht auf Abruf in Gang setzen“, schreiben Dörre und Neis. Vielmehr bestehe die Gefahr, dass die Umgestaltung der Universitäten nach betriebswirtschaftlichen Kriterien gerade die kreativen Freiräume schließt, in denen neue Ideen am besten gedeihen können.

Wie aus Forschungsergebnissen Produkte werden. Abgeleitet aus ihren Beobachtungen skizzieren die Wissenschaftler ein typisches Entwicklungsmuster: Innovationen entstehen durch gemeinsame Arbeitsprozesse – häufig in den Nischen der formalen Organisationsstruktur. Ein konkreter Nutzen, etwa im Sinne eines universitären Leitbildes, ist zunächst kaum erkennbar. Die treibende Kraft sind oft Personen, die in der Uni-Hierarchie nicht besonders hoch stehen: Studierende, Doktoranden, wissenschaftliche Mitarbeiter. Also Leute, die nicht so viel Einfluss haben, dass sie ihr Projekt zum offiziellen Arbeitsprogramm erklären können. „Die vermeintlich ineffiziente Organisationsstruktur bietet ihnen jedoch Räume für zunächst meist informelle Arbeitsprozesse, die schließlich in eine erfolgreiche Unternehmensgründung münden können“, so Dörre und Neis.

Allerdings müssen noch weitere Faktoren dazukommen. Als besonders wichtig erwies sich die Unterstützung durch einen prominenten Fürsprecher aus dem Forschungsbetrieb. Die „unsichtbaren Unternehmer“ brauchen einen „sichtbaren Wissenschaftler“ an ihrer Seite, schreiben die Forscher. Dazu bedarf es eines bestimmten Professorentyps, der sowohl innerhalb der Wissenschaftsgemeinde als auch in der außeruniversitären Öffentlichkeit über Kontakte und Reputation verfügt. Diese Professoren helfen, Zugänge zur regio-

naln Wirtschaft zu schaffen und bringen die Unis dazu, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ansonsten bleiben sie im Hintergrund. So entstehen „Wissenschafts-Anwendungsnetzwerke“, die schließlich zur akademischen Ausgründung führen.

Die Gefahren neuer Steuerungsmodelle. Die Uni-Reformen der vergangenen Jahre zielten der Studie zufolge in Richtung „unternehmerische Universität“. Gewünscht sei, dass Universitätsleitungen dem Management von Großunternehmen immer ähnlicher werden. Ein erhoffter Effekt: mehr Innovationen. Doch zeigen die Beobachtungen der Forscher, dass die Verwaltungsorgane meist „über keine zureichende Vorstellung jener Arbeitsprozesse verfügen“, die hinter Innovationen stehen.

Noch scheitert der Versuch, Unis mit einer auf Effizienz bedachten „Top-down-Strategie“ zu führen, häufig am Widerstand der Professoren. Trotz der Widerstände gewinnen betriebswirtschaftliche Steuerungsmodelle – mehr Konkurrenz, mehr Kontrolle, Leistungsüberprüfung durch Kennzahlen – an den Unis aber an Bedeutung, so die Autoren.

Die Wissenschaftler warnen: Versuche, die akademische Konkurrenz an messbaren Indikatoren auszurichten, laufen

Prägende Phasen der Hochschulentwicklung

	Humboldtsche / Ordinarien-Universität	Demokratische, sozial offene Hochschule	Unis im Wettbewerb, Bologna-Hochschule
Leitgedanke	Bildung durch Wissenschaft	Bildung ist Bürgerrecht	Bildung als Wirtschaftsfaktor
Rolle der Forschung	Einheit von Forschung und Lehre	Trennung von Forschung und Lehre	Bachelor forschungsfern, Master forschungsnah
Professorenbild	Gelehrter	Hochschuldidaktiker und Forscher	Forschungsmanager und Lehrer
Organisation	Lehrstuhl	Hochschul-Institut	Forschungszentrum
Rekrutierung	Bildungsbürgertum	Breite Mittelschicht	Obere Mittelschicht
Maximaler Einfluss	bis 1965	1965 bis 1982	nach 1983

Quelle: nach Pasternack/von Wissel sowie Münch 2007/2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

zwangsläufig darauf hinaus, Nischen und Freiräume der Forscher zu beschränken. Rigide Kontrollmechanismen könnten die potenziellen Entrepreneurs verprellen statt ihre Motivation zu fördern. Die besten Voraussetzungen für die Entstehung innovativer und marktfähiger Produkte sei ein Klima, das die wissenschaftliche Kooperation und den Mut zum Experiment fördert, nicht aber Konkurrenz forciert, schreiben Dörre und Neis. ◀

*Quelle: Klaus Dörre und Matthias Neis: Das Dilemma der unternehmerischen Universität – Hochschulen zwischen Wissensproduktion und Marktzwang, edition sigma, Berlin 2010
Download unter www.boecklerimpuls.de

Inflationsrisiko wird überschätzt, Rezessionsgefahr vernachlässigt

Dass die Inflation in Deutschland oder im Euroraum deutlich ansteigt, ist sehr unwahrscheinlich. Wirtschaftliche Stabilität und Staatsfinanzen sind stärker durch einen Rückfall der Eurozone in die Rezession gefährdet.

Die Leitzinsen bleiben auf Tiefständen. In den USA pumpt die Zentralbank erneut Milliarden von Dollar in die Finanzmärkte. Gold notiert auf Rekordniveau. Nachrichten, bei denen sich viele Menschen Gedanken um den Wert ihres Geldes machen. Ökonomisch begründet sind solche Sorgen nicht, zeigt das IMK. Eine neue Studie der Forscher Silke Tober und Till van Treeck kommt zu dem Ergebnis, dass aktuell weder von der expansiven Geldpolitik noch von Lohnentwicklung oder Staatsschulden Inflationsgefahren ausgehen. „Es ist nachvollziehbar, dass die Deutschen Angst vor Inflation haben. Die Hyperinflation von 1923 und die Währungsreform in der Nachkriegszeit stecken tief in unserem kollektiven Bewusstsein“, sagt Gustav A. Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. „Aber unsere Analyse zeigt, dass die Inflationsgefahr derzeit stark überschätzt wird.“ Auch überzogene Inflationsängste könnten allerdings zu einem Problem werden – wenn sie den Blick auf andere Gefahren verstellen, deren Eintreten weitaus wahrscheinlicher ist, warnen die Forscher.

Geldpolitik: EZB hat viele Instrumente gegen Inflation. In der Studie hat das IMK geprüft, ob mögliche Risikofaktoren für eine deutliche Geldentwertung wirklich gegeben sind, oder nicht. So sehen Kritiker die expansive Geldpolitik der großen Zentralbanken als Gefahr – also unter anderem die Anti-Krisen-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB). Die EZB hat den Leitzins auf ein Prozent gesenkt, die Banken mit viel Liquidität ausgestattet und Staatspapiere aufgekauft.

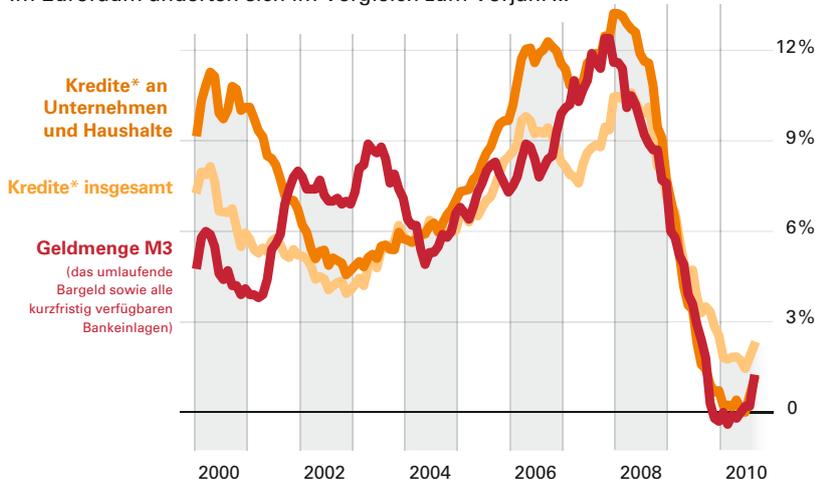
Doch bislang geht vom Kurs der EZB kein Inflationsdruck aus, betont das IMK. Das liegt daran, dass die Euro-Staaten trotz Erholung bei der Wirtschaftsleistung längst noch nicht das Vorkrisenniveau erreicht haben. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ist nicht so stark, dass sie preisbeschleunigend wirken könnte. Für Lohn-Preisspiralen gibt es keinerlei Anzeichen, so die Forscher. Daher seien die geldpolitischen Weichenstellungen der EZB angemessen, insbesondere das niedrige Zinsniveau, schreiben Tober und van Treeck. Als Indizien für die Inflations-Unschädlichkeit der EZB-Strategie führen sie an:

► Die Bereitstellung von Liquidität für die Banken hat zwar die Geldhäuser stabilisiert. Sie führte aber bisher weder zu einem starken Anstieg der Geldmenge M3 noch der Kredite. So ging die Kreditvergabe an Kapitalgesellschaften außerhalb des Bankensektors im September immer noch

zurück – um 0,6 Prozent. Erst eine deutliche Ausweitung der Kreditvergabe könnte aber überhaupt erst die Nachfrage anheizen und die Inflation beschleunigen.

Weit entfernt von einer Geldschwemme

Im Euroraum änderten sich im Vergleich zum Vorjahr ...



* einschließlich Wertpapierkredite; Quelle: Europäische Zentralbank 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

► Das IMK ist überzeugt, dass die EZB problemlos reagieren kann, wenn sich die Konjunktur soweit verbessern sollte, dass bei unveränderter Geldpolitik eine Preisbeschleunigung drohen würde. Die Zentralbank kann dann die auf ihre expansive Geldpolitik zurückzuführende hohe Liquidität auf verschiedene Arten verringern. Begonnen hat sie damit bereits, indem sie lang laufende Kredite an Geschäftsbanken auslaufen lässt. Darüber hinaus hat sie die Möglichkeit, die Offenmarktgeschäfte, mit denen sie den Banken Liquidität zur Verfügung stellt, mengenmäßig zu begrenzen. Ein weiterer Weg: Die EZB erhöht durch höhere Einlagenzinsen den Anreiz, Geld bei ihr anzulegen – und es damit Wirtschaft und Finanzmärkten zu entziehen. Oder sie verkauft zuvor angekaufte Wertpapiere wieder. Vor allem aber bleibt den Zentralbankern noch der Leitzins als wichtigstes Instrument.

Staatsschulden: Kein direkter Einfluss auf Geldentwertung.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die öffentliche Verschuldung auch in Deutschland in die Höhe getrieben. 2010 wird die Staatsschuld bei fast 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen, 2011 knapp über 80 Prozent. Hinzu kommen staatliche Garantien für Banken. Können die hohen Schulden zu einer Geldentwertung führen? Nein, betonen die Ökonomen Tober und van Treeck, ein direkter Inflationsdruck geht davon nicht aus. Grund: Die mit den Schulden

finanzierten zusätzlichen Ausgaben wurden schon in der Krise getätigt, als ein gravierender Nachfragemangel herrschte. Daher wirkten sie nicht preisbeschleunigend. Dass ein Teil der Aufträge aus den Konjunkturpaketen erst in diesem Jahr vergeben wurde, ist angesichts des überschaubaren Umfangs kein Problem, so das IMK.

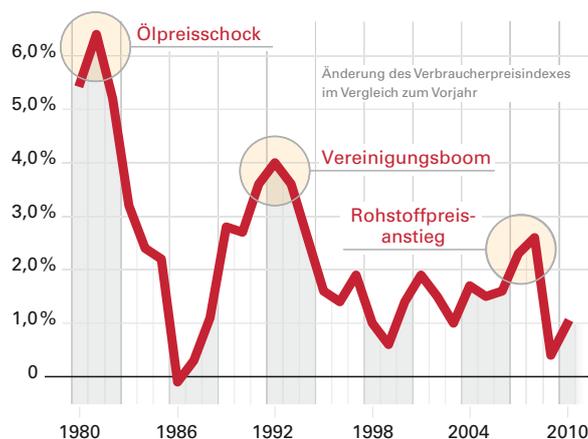
Den Geldwert unter Druck bringen können bestehende Staatsschulden nur indirekt, wenn sie das Vertrauen der Finanzmärkte in Schuldverschreibungen der betreffenden Länder und in die Währung erschüttern, analysiert das IMK. Das ist in Deutschland und im Euroraum derzeit aus mehreren Gründen unwahrscheinlich:

- ▶ Der Staatsschuld steht meist ein erhebliches staatliches Vermögen gegenüber, rechnen die Forscher vor. Berücksichtigt man allein das Geldvermögen des Staates, sinkt die deutsche Schuldenquote auf etwa 50 Prozent des BIP. Würde man darüber hinaus die staatlichen Vermögensgüter mit einkalkulieren, glichen sich Vermögen und Verbindlichkeiten nahezu aus. Zudem verfüge Deutschland über ein „funktionsfähiges Steuersystem mit erheblichem Spielraum zur Erweiterung der Steuerbasis und Erhöhung der Steuersätze“, schreiben die Wissenschaftler. So ist die Steuerbelastung von Vermögen im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich.
- ▶ Die akute Schuldenkrise einzelner Euro-Länder ist durch den Rettungsschirm von EU und IWF unter Kontrolle, auch wenn es immer wieder temporäre Irritationen an den Märkten gibt.

In der öffentlichen Debatte wird bisweilen gemutmaßt, Regierungen oder Zentralbanken könnten ein Interesse an einer höheren Inflation haben, um staatliche Schulden per Wertverlust zu reduzieren. Die IMK-Wissenschaftler halten das ebenfalls für extrem unwahrscheinlich. Regierungen und Zentralbank sei bewusst, dass diese Strategie enorme Risiken aufwerfen würde. Denn erstens hat ein großer Teil der Staatsanleihen nur eine relativ kurze Restlaufzeit. So werden in Deutschland 68 Prozent der ausstehenden Bundeswertpapiere innerhalb der kommenden sechs Jahre fällig. Die Schulden müssten neu aufgenommen werden – zu dann erheblich höheren Zinsen. Zweitens könnte die EZB eine längere Phase mit höherer Inflation nur mit einer drastischen Zinserhö-

Zuletzt stabile Verbraucherpreise

Die Verbraucherpreise änderten sich in Deutschland...



Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Berechnungen IMK 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

hung beenden. Das würde wiederum die Konjunktur schwer schädigen und die Staatseinnahmen schmälern. Aber selbst wenn die Regierungen dennoch auf Inflation setzen wollten, wären sie kaum in der Lage, die unabhängige EZB zu einer inflationären Geldpolitik zu bewegen, ist das IMK überzeugt.

Rezession als größtes Risiko für Staatsfinanzen. Nach der IMK-Analyse geht somit von der expansiven Geld- und Fiskalpolitik kein ernsthaftes Risiko aus. Wahrscheinlicher ist dagegen ein anderes Krisen-Szenario: dass einzelne Euro-Staaten in die Rezession zurückfallen. „Die Gefahr besteht zumindest für einige südeuropäische Volkswirtschaften, und sie wächst, wenn alle Euro-Länder wie geplant gleichzeitig sparen und damit das ohnehin fragile Wachstum bremsen“, sagt Studienautor van Treeck.

Sollten finanziell angeschlagene Euro-Staaten durch eine Rezession in akute Zahlungsschwierigkeiten geraten, würde das die Eurozone erneut in eine schwere Krise stürzen. Die übrigen Länder der Währungsgemeinschaft müssten einspringen. „Auch Deutschland wäre dann kaum in der Lage, über die eigenen Verbindlichkeiten hinaus die Schulden einer Vielzahl anderer Länder zu übernehmen“, warnen die Forscher. Der gesamte Euroraum könne über Jahre hinweg in eine Stagnation oder gar Deflation abrutschen, die auch die Schuldenproblematik verschärfen würde.

Um das zu verhindern, ist es aus Sicht des IMK nötig, dass Deutschland und andere Euro-Länder mit deutlichen Leistungsbilanzüberschüssen und vergleichsweise stabilen Staatsfinanzen zunächst nicht auf einen Sparkurs einschwenken. Stattdessen sollten diese Länder, vor allem durch stärkere öffentliche Investitionen, die Rolle des Konjunkturmotors im Euroraum übernehmen. „Natürlich müssen wir unsere Budgets konsolidieren, aber dazu sollten wir die beste Strategie wählen“, sagt IMK-Direktor Horn. „Mit dem Rückenwind eines stabilen Aufschwungs bringen wir es da viel weiter.“

Was Inflation heißt

In der Wirtschaft wird genannt...

Preisstabilität im Euroraum (Definition der EZB)	Ein Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex für den Euroraum von unter, aber nahe 2% im Vergleich zum Vorjahr
Schleichende Inflation	Geringe Steigerung des Preisniveaus von bis zu 5% im Jahr
Trabende Inflation	Die Steigerung des Preisniveaus um bis zu 50% im Jahr
Galoppierende Inflation	Die Steigerung des Preisniveaus um mehr als 50% im Jahr
Hyperinflation	Die Steigerung des Preisniveaus um mehr als 50% im Monat

Quelle: IMK 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

* Quelle: Silke Tober, Till van Treeck: Inflation – Die überschätzte Gefahr im Euroraum. IMK Report Nr. 57, November 2010
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Wenig Kritik auf Hauptversammlungen

Aktionäre können seit einem Jahr explizit über das Vergütungssystem des Vorstands abstimmen. Nennenswerte Kritik an der Managerbezahlung ist auf den Hauptversammlungen bisher nicht laut geworden.

Wer sich besser nachvollziehbare Vorstandsbezüge wünscht, braucht auf die Aktionäre nicht zu hoffen. Zu diesem Schluss kommen Roland Köstler, Corporate-Governance-Experte der Hans-Böckler-Stiftung, und Lasse Pütz in einer aktuellen Untersuchung.* Daran ändert auch die seit August 2009 geltende Regelung im Aktiengesetz nichts. Paragraf 120, Absatz 4, ermöglicht, dass das System der Vorstandsvergütung – nicht die Höhe der Bezüge – auf der Hauptversammlung zur Abstimmung gestellt werden kann.

Die Möglichkeit zum Hauptversammlungsbeschluss sollte nach den Vorstellungen der Befürworter den Druck auf den Aufsichtsrat erhöhen, die Vergütungsmechanismen zu überarbeiten. Köstler und Pütz halten die Regelung jedoch für wirkungslos. Aus drei Gründen:

- ▶ Erstens ist die neue Bestimmung den Juristen zufolge ein „zahnloser Tiger“, da aus dem Beschluss der Hauptversammlung keinerlei verbindliche Rechte oder Pflichten folgen.
- ▶ Zweitens gab es überhaupt keinen Grund, eine der angelsächsischen Say-on-pay-Bestimmung nachempfundene Regelung ins deutsche Aktiengesetz zu schreiben, so die Wissenschaftler. Denn die hiesige dualistische Unternehmensverfassung biete Aktionären im Zusammenhang mit der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat genügend Möglichkeiten, Kritik an der Vergütungsstruktur zu üben. Und durch die übrigen Neuregelungen des Aktiengesetzes sei der Aufsichtsrat ohnehin in der Pflicht, für eine angemessene Vergütung zu sorgen.
- ▶ Drittens zeige die bisherige Praxis, dass Aktionäre die Neuregelung nur in seltenen Fällen nutzen, um das Vergütungssystem infrage zu stellen: Oft setzen Vorstand und Aufsichtsrat das Thema schon von sich aus auf die Tagesordnung. Kommt es zur Abstimmung, „findet die Arbeit des Aufsichtsrates hinsichtlich der Vorstandsvergütung in den allermeisten Fällen eine hohe Zustimmung bei den Aktionären“, so Köstler und Pütz.

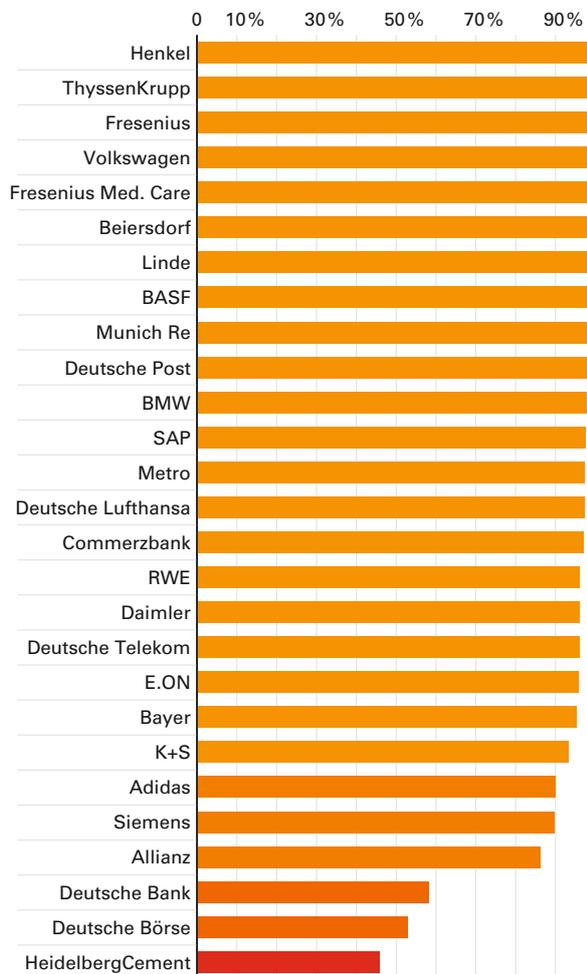
Über 90 Prozent der Aktionäre sind zufrieden

Seit Inkrafttreten der Änderung im Aktiengesetz im August 2009 haben 27 der 30 Dax-Unternehmen Gebrauch vom neuen Say-on-pay-Verfahren gemacht, also bei der Hauptversammlung über das Vergütungssystem abgestimmt. Aber nur in einem Fall, bei HeidelbergCement, versagte die Hauptversammlung mit knapper Mehrheit ihre Zustimmung zum Vergütungssystem.

In M-Dax, Tec-Dax und S-Dax war der Anteil der Unternehmen geringer, die Say-on-pay-Abstimmungen durchgeführt haben. Wo die Aktionäre ein Votum zur Vergütungsstruktur abgegeben haben, äußerten sie ausnahmslos Zustimmung. Im Durchschnitt aller Dax-Segmente lag die Zustimmungquote bei über 90 Prozent. Offenbar sorgen

Vorstandsbezüge: Unkritische Aktionäre

Die Zustimmung der Aktionäre von Dax-Unternehmen zum Vergütungssystem für den Vorstand betrug...



Keine Abstimmung erfolgte bei Infineon Technologies, MAN und Merck
Quelle: Köstler, Pütz 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

„bereits die Aufsichtsräte für ein konsensfähiges Vergütungssystem“, so die Juristen.

Zudem „scheint das Interesse der Aktionäre an einer Mitsprache über die Vorstandsvergütung auch gering zu sein“, vermuten Köstler und Pütz. Die Hoffnung des Gesetzgebers, die Say-on-pay-Regel würde für mehr öffentliches Interesse und kritische Auseinandersetzung mit den Entlohnungsmechanismen für Top-Manager sorgen, habe sich als unberechtigt erwiesen. Eine bisweilen geforderte Ausdehnung der Hauptversammlungsbefugnisse in punkto Vorstandsvergütung lehnen Köstler und Pütz ab: Auch nach der vorliegenden Empirie sei festzustellen, dass „in der Breite kein Bedarf der Aktionäre an Say-on-pay bestehe“.

* Quelle: Roland Köstler, Lasse Pütz: Say-on-pay, unveröffentlichtes Arbeitspapier, Hans-Böckler-Stiftung, Oktober 2010
Download unter www.boecklerimpuls.de

Jobzuwächse: An Hartz-Reformen lag's nicht

Die Arbeitsmarktreformen des vergangenen Jahrzehnts haben keine neuen Jobs geschaffen. Besser haben sich Wachstum und Beschäftigung in Frankreich entwickelt – ohne Deregulierung des Arbeitsmarktes.

Die deutschen Arbeitsmarktreformen sollten mehr Menschen in Arbeit bringen – über stärkeren Druck auf Arbeitslose und einen größeren Niedriglohnsektor. Ob das funktioniert hat, haben die IMK-Forscher Simon Sturn und Till van Treeck untersucht.* Sie verglichen dazu Beschäftigung und Arbeitsvolumen des Aufschwungs der Jahre 2005 bis 2008 mit der vorherigen Boomphase von 1999 bis 2001. Ihr Ergebnis: Die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Ausweitung der Leiharbeit und die anderen Hartz-Reformen hatten keinen positiven Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung. Auch im europäischen Vergleich steht Deutschland nicht besser da.

Der jüngste Aufschwung zog sich über drei Jahre hin, der vorherige dauerte nicht ganz zwei Jahre. Obwohl die Wirtschaft also über einen längeren Zeitraum wuchs, stieg die Erwerbstätigkeit im jüngsten Boom lediglich um 3,6 Prozent – und damit kaum kräftiger als im vorherigen. Seinerzeit lag der Zuwachs bei 2,8 Prozent. Relativ gesehen – also im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum – entstanden im Aufschwung vor den Arbeitsmarktreformen sogar mehr Jobs als danach. Im ersten Boom betrug die Relation 0,5, im zweiten 0,43.

Frankreich reformierte in jüngerer Zeit ebenfalls seinen Arbeitsmarkt. Allerdings setzten Deutschlands Nachbarn hauptsächlich auf eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit: die 35-Stunden-Woche. Diese wurde in den 1990er-Jahren schrittweise eingeführt. Begleitend bauten die Franzosen die Kombilohnregelung aus; Sozialversicherungsbeiträge für Niedrigeinkommen werden seitdem subventioniert. Die Reformen beschernten Frankreich im Aufschwung der Jahre 1999 und 2000 ein herausragendes Beschäftigungswachstum von 4,4 Prozent. Auch der Boom von 2005 an war mit einem ähnlich starken Jobzuwachs wie in Deutschland verbunden.

Die deutsche Arbeitsmarktpolitik ließ vor allem die Kluft zwischen Arm und Reich wachsen. In den vergangenen zehn Jahren erhöhten sich preisbereinigt nur die Einkünfte der oberen Einkommensgruppen. Die Einkommen der weniger reichen Privathaushalte stagnierten. Bei rückläufigen Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und abnehmender Tarifbindung entwickelten sich die Löhne bereits seit Mitte der 1990er-Jahre nur noch mäßig, so die Wissenschaftler. Der Niedriglohnsektor weitete sich aus. Die Hartz-Gesetze verstärkten diese Tendenz von 2002 an nochmals.

Gegen den historischen und internationalen Trend stieg ebenfalls seit 2002 die Sparquote der privaten Haushalte. Bis zur Hälfte des Anstiegs lasse sich durch die Umverteilung von Einkommen zugunsten der reichen Haushalte erklären, die überproportional viel sparen, so Sturn und van Treeck. Zu-

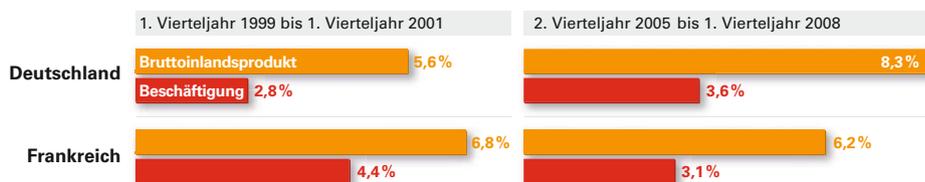
dem dürften die Reformen auf dem Arbeitsmarkt im Zusammenspiel mit der gleichzeitigen Teilprivatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung zur Verunsicherung und Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte beigetragen haben.

Die ausgeprägte Lohnzurückhaltung ging einher mit einer stagnierenden Binnenkonjunktur bei hohen Außenhandelsüberschüssen auf Kosten der europäischen Nachbarn. Während des Aufschwungs ab 2005 speiste sich das kräftige Wachstum der Bundesrepublik vor allem aus der Exportnachfrage, insbesondere aus der EU. „Natürlich spricht nichts dagegen, dass Deutschland hohe Exporte erzielt“, betonen die IMK-Forscher. Systematische Export- und Leistungsbilanzüberschüsse, die aus einer im Vergleich mit dem Ausland zu schwachen binnenwirtschaftlichen Entwicklung und somit zu geringen Importen resultieren, seien jedoch ein Problem. Und darum sei Deutschland für die gegenwärtigen Zahlungsprobleme der Euroländer mit hohen Leistungsbilanzdefiziten mit verantwortlich.

Zudem hat auch die aktuelle, durchaus positive Situation am deutschen Arbeitsmarkt nichts mit seiner Deregulierung zu tun, so Sturn und van Treeck. In der Krise hätten die Unternehmen nur wenige Beschäftigte entlassen, obwohl es ihnen leichter möglich gewesen wäre. Stattdessen hielten sie

Hartz-Reformen: Kein merklicher Beschäftigungseffekt

In den zurückliegenden Aufschwungphasen änderten sich in...



Quelle: Eurostat, OECD, Berechnungen Sturn, van Treeck 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

Arbeitskräfte über den Einsatz von Arbeitszeitkonten und der Kurzarbeit. Auch die weltweiten Konjunkturprogramme ließen Unternehmen darauf vertrauen, dass sich die Nachfrage nach ihren Produkten schnell wieder erholen würde.

Dass eine balancierte Wachstumsentwicklung mit besserer Beschäftigungs- und Verteilungsentwicklung möglich ist, zeigt das Beispiel Frankreichs. Das deutsche Arbeitsmarktmodell schaffe im Vergleich nicht mehr Arbeitsplätze, sei hinderlich für das Wachstum und inkompatibel mit einer stabilen ökonomischen Entwicklung in Europa, fassen die Wissenschaftler ihre Analyse zusammen. Ein wichtiger erster Schritt hin zu einer Normalisierung des deutschen Wachstumsmodells wären Lohnabschlüsse, die den Verteilungsspielraum ausnutzen. ◀

* Quelle: Simon Sturn, Till van Treeck: Arbeitsmarktreformen in Deutschland: Hohe soziale Kosten ohne gesamtwirtschaftlichen Nutzen, in: WSI-Mitteilungen 11/2010

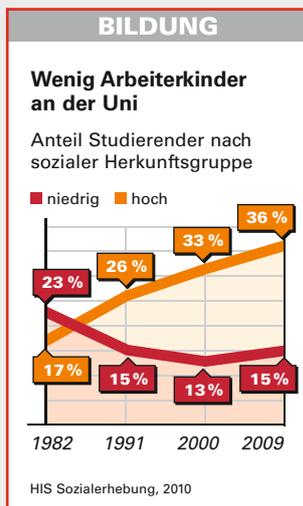
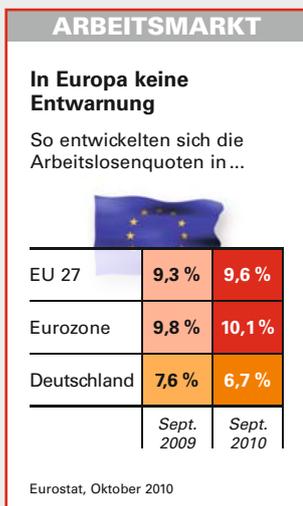
Download unter www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286,
 Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nach Rücksprache mit der Redaktion Abdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **ARBEITSMARKT:** Ein-Euro-Jobs verschlechtern die Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Demnach hatten Hartz-IV-Empfänger, die einen Ein-Euro-Job annahmen, zwölf Monate später seltener eine reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsstelle gefun-

den als vergleichbare Langzeitarbeitslose ohne geförderte Arbeitsgelegenheit. Möglicherweise gehen die im Ein-Euro-Job vermittelten Qualifikationen an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes vorbei, folgern die Forscher. Denkbar sei aber auch, dass ein Ein-Euro-Job im Lebenslauf auf Arbeitgeber eher abschreckend wirke. ZEW, November 2010

► **BILDUNG:** Immer mehr Kinder unter drei Jahren besuchen Kindertagesstätten, Kindergärten oder andere Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im März 2010 rund 472.000 Kinder in diesem Alter außerhalb des Elternhauses betreut. Das waren 55.000 Kinder mehr als ein Jahr zuvor. Der Anteil der Unter-Drei-

jährigen in Tagesbetreuung, die so genannte Betreuungsquote, stieg damit bundesweit auf 23,1 Prozent. 2009 waren es noch 20,4 Prozent. Wie in den Vorjahren war in den ostdeutschen Bundesländern die Betreuungsquote mit 48,1 Prozent fast dreimal so hoch wie in den westdeutschen, wo sie bei 17,4 Prozent lag. Statistisches Bundesamt, November 2010